

Joachim Unterländer bestätigt

Der Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag und sozialpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Joachim Unterländer, MdL, wurde mit großer Mehrheit in Weiden/Oberpfalz von der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft/ Arbeitnehmer-Union (CSA) zum dritten Mal in seinem Amt als CSA-Landesvorsitzender bestätigt.

Neben dem 59-jährigen Sozialpolitiker wurden als stellvertretende Landesvorsitzende bestätigt bzw. neugewählt: Der Bundestagsspitzenkandidat der CSA und der Senioren-Union, Reiner Meier, MdB, die oberbayerische CSA-Bezirksvorsitzende Ursula Henseler, der frühere Europaabgeordnete und CSA-Bezirksvorsitzende in Nürnberg-Fürth-Schwabach Martin Kastler sowie neu der Integrationsbeauftragte des Stadtrats in Deggendorf und VdK-Kreisvorsitzende Oliver Antretter.

In seiner Rede mit anschließender Diskussion stellte der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat sowie CSU-Bezirksvorsitzende der Oberpfalz, Albert Füracker, MdL, fest: „Die CSU braucht die CSA und muss sich für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und aller sogenannten kleinen Leute immer mit Nachdruck einsetzen. Unser System der gesetzlichen Altersversorgung mit der solidarischen Rentenversicherung ist das beste System, das man sich vorstellen kann. Es muss deshalb zukunftsfest gemacht werden.“

Die Zukunft der Altersversorgung und die digitale Arbeitswelt als „Szenario der Zukunft“ standen im Mittelpunkt der CSA-Landesversammlung.

Dazu stellte Joachim Unterländer fest: „Die Arbeitsschutzgesetze sind wesentlicher Bestandteil unseres Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft. Sie gelten auch im Zeichen der Digitalisierung der Arbeitswelt und Wirtschaft 4.0. Wir sind für Flexibilisierung, aber nicht für die Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten. Deshalb sagen wir Ja zu Wirtschaft und Arbeit 4.0 und ein eindeutiges Nein zu einer völligen Änderung des Arbeitsschutzes und vor allen Dingen des Arbeitszeitgesetzes. Diese Haltung erfolgt in Übereinstimmung mit den Betriebsräten, Personalräten und Gewerkschaften und vieler klein- und mittelständischer Betriebe. Von dieser Landesversammlung wird ein Signal für die Sicherung der Zukunft des Arbeitszeitgesetzes ausgehen.“